

24. September 2026, von Michael Schöfer

Die CDU lebt wirklich auf einem anderen Planeten

Was wollte uns der Kanzler am 20. September kurz nach Schließung der Wahllokale mit seiner Rede sagen? Das Gleiche haben wir doch erst kürzlich im Bundestag von ihm gehört. Augen zu und durch, ein trotziges "Weiter so". Ich bin fassungslos. Vielleicht sollte die Regierung mal probieren, wieder mehr dem Wählerwillen zu folgen. So wie die Regierungspraxis aussieht hat man ja den nicht unberechtigten Eindruck, dass die Regierenden konsequent gegen die Mehrheit der Bevölkerung handeln und sich obendrein auch noch einbilden, dafür wieder gewählt zu werden. Das hat lange funktioniert, aber die Zeiten haben sich eben geändert.

Der Sinn der repräsentativen Demokratie ist, den Wählerwillen, den das Volk laut Grundgesetz in Wahlen und Abstimmungen kundtut, in reale Politik umzusetzen. Politiker sind lediglich Erfüllungsgehilfen des Souveräns, dessen Vertreter im Parlament. Im Grundgesetz steht nirgends, dass die Regierenden eine Politik GEGEN den Willen der Wählerinnen und Wähler machen sollen. Tun sie es dennoch, werden sie - wie in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern - abgewählt. Es geht in der repräsentativen Demokratie nicht um Jobs von Regierungsmitgliedern oder um Abgeordnetenmandate. Ob der Kanzler im Amt bleibt, ist so gesehen vergleichsweise unwichtig. Oder um es mit den Worten von Erwin Teufel zu formulieren: "Erst das Land, dann die Partei, dann die Person." Mit "Land" sind die Menschen gemeint.

Andererseits ist Wagenburgmentalität in der Politik nichts Neues. "Kanzleramtschefin Warken hat einflussreichen Wirtschaftsverbänden zugesagt, dass die geplanten Reformen zügig kämen. (...) Bei einem parlamentarischen Abend der einflussreichen Wirtschaftsverbände DIHK, BDA und BDI versprach Kanzleramtschefin Nina Warken Stabilität und Tempo. 'Es gibt keine Absage an diese Reformen', machte die CDU-Politikerin in Berlin deutlich. Sie seien auch nicht neu zu justieren. Deutschland brauche mutige und umfassende Reformen, die jetzt schnell umgesetzt würden." [1] Das ist momentan die Sprachregelung bei den Konservativen: Die Menschen seien erzürnt über die ausbleibenden Reformen, weshalb man nun Tempo machen müsse. Dass es der Inhalt der Reformen sein könnte, der die Menschen wütend macht, namentlich die klaffende Gerechtigkeitslücke, kommt ihnen offenbar nicht in den Sinn.

In Sachsen-Anhalt haben bei der Landtagswahl am 6. September Menschen, die ihre finanzielle Lage selbst als schlecht einstufen, überproportional die AfD gewählt: 65 Prozent (bei allen Wählern waren es hingegen 43,8 %). [2] Fast das Gleiche passierte bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 20. September: 60 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die ihre finanzielle Lage als schlecht bezeichneten, machten ihr Kreuz bei der AfD (bei allen Wählern 38,2 %). [3] Bei keinem anderen Unterscheidungsmerkmal (Geschlecht, Alter, Bildung, Tätigkeit, finanzielle Lage) war die Abweichung vom AfD-Durchschnittswert so hoch wie bei der finanziellen Lage. Und das wohlgermerkt bei beiden Landtagswahlen. Nur bei der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses wählten diejenigen, die ihre finanzielle Lage als schlecht darstellten, mehrheitlich Die Linke. Bei diesem Kriterium landete die AfD bloß auf Platz 2, allerdings trotzdem 10 Prozentpunkte über ihrem Gesamtergebnis (26 % gegenüber 16,3 %) [4]

Eine überraschende Parallele? Keineswegs. Das Wahlverhalten belegt, dass die Menschen vor allem darüber verärgert sind, dass abermals bei den Kleinen gespart werden soll, während die Privilegien der Wohlhabenden wie gehabt unangetastet bleiben. Die Wut über die jahrzehntelange Klientelpolitik der Union zugunsten der Reichen ist eigentlich un-

übersehbar. Bloß in der CDU-Blase will man das nicht wahrhaben. Früher wurde sie trotzdem gewählt, aber das ist seit ein paar Jahren vorbei. Nina Warken hinterlässt mit ihrer Analyse, man müsse jetzt Tempo bei den Reformen machen, den Eindruck, dass die CDU-Parteifunktionäre wirklich auf einem anderen Planeten leben. Mehr Tempo beim "Weiter so" wird nämlich an der von den Wählern beklagten Gerechtigkeitslücke keinen Deut ändern, demzufolge wird der Wählerzuspruch zur CDU ebenfalls weiter sinken.

Im April 2027 finden im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen statt, in den beiden zuletzt genannten Ländern regiert momentan eine schwarz-grüne Koalition. Hendrik Wüst und Daniel Günther gelten zwar nicht als enge Freunde von Friedrich Merz, sie könnten aber trotzdem in den Abwärtsstrudel gerissen werden. Die CDU muss die Wählerinnen und Wähler wieder von sich überzeugen, mit Merz und seinen unsozialen "Reformen" dürfte das allerdings kaum gelingen.

Die Konservativen sind schon vor langer Zeit darauf hingewiesen worden, dass ihre marktwirtschaftlich orientierte Politik den sozialen Kitt zerbröselt, der die Gesellschaft zusammenhält. Und dieses Zerstörungswerk würde letztendlich auch auf sie zurückfallen. Das tritt nun ein. Der Vorwurf stimmt ja auch. Ein Beispiel: Die erste Tafel wurde 1993 gegründet, damals regierte ein gewisser Helmut Kohl, heute gibt es knapp 1.000 lokale Tafeln. Wäre die Marktwirtschaft der CDU wirklich eine "soziale" gewesen, gäbe es für Tafeln keine Notwendigkeit. (Dass der Sozialdemokrat Gerhard Schröder mit seiner Agenda 2010 in die gleiche Richtung ging, ist eine weitere, gleichwohl nicht weniger schlimme Tragödie.)

Die Bürger wollen vor allem eine andere, gerechtere Politik. Wenn die Parteien der demokratischen Mitte das nicht rasch kapieren und bei ihren Plänen beherzigen, wird es in Deutschland noch dunkler. In Ost und West. Dem Millionär und Privatflugzeugbesitzer Friedrich Merz traut indes niemand mehr zu, eine gerechtere Politik zu repräsentieren. Der Kanzler sollte deshalb dem geordneten Übergang nicht im Weg stehen. Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Willy Brandt sind innerhalb der Wahlperiode zurückgetreten - wo ist also das Problem? Der Bundestag könnte ohne Neuwahlen auszulösen einen Nachfolger wählen, der selbstverständlich die Mehrheit der Regierungsparteien hinter sich haben muss. Wenn alle mitspielen, ist das kein Hexenwerk. Die Alternative dazu ist die fortschreitende Agonie der demokratischen Mitte.

Einerseits sind jetzt viele Menschen erschrocken über den starken Wählerzuspruch zur AfD, andererseits macht sich bei nicht wenigen eine gewisse Schadenfreude breit, weil die CDU nun wie ein aufgeschauelter Hühnerhaufen orientierungslos umherirrt - anscheinend nicht wissend, was vorne und hinten ist. Ein durchaus relevanter Teil der Menschen hat jetzt buchstäblich Blut geleckt. Motto: Denen (der CDU) zeigen wir es jetzt mal. Politisch ist das natürlich hochgefährlich. Ich wünsche mir deshalb eine andere Politik der demokratischen Parteien, keine Wahlsiege der AfD. Ein kräftiger Schuss mehr an Realitätssinn kann dabei nie schaden.

[1] tagesschau.de vom 23.09.2026

[2] tagesschau.de vom 07.09.2026, Wer wählte wen?

[3] tagesschau.de vom 21.09.2026, Wer wählte wen?

[4] tagesschau.de vom 21.09.2026, Wer wählte wen?